

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Margareta Wolf und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Ausbildungschancen für Mädchen**

Nach neuesten Meldungen fehlen etwa 150 000 Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze für junge Leute, in Sonderheit in den neuen Bundesländern. Die Zusage der Wirtschaft ist, trotz des nachgeschobenen Optimismus der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft, wohl nicht mehr einzulösen.

Hauptbetroffen von der Ausbildungsplatzlücke sind junge Frauen, in Sonderheit junge Frauen in den neuen Ländern.

Unsere Nachfrage bei den Berufsgruppen, die die Hauptzahl der Ausbildungsplätze für junge Frauen anbieten, nämlich den Freien Berufen und dem Einzelhandel, haben ergeben, daß diese unmittelbar nicht an der Lehrstellengarantie beim Bundeskanzler mitgewirkt haben. Die Freiberufler haben uns sogar wissen lassen, daß sie die Zusage für derzeit nicht einlösbar halten und daß Programme zur Förderung von Ausbildungsplätzen die Freien Berufe, insbesondere in den Ländern, stets ausgenommen haben und die überbetriebliche Ausbildung auch beim Bund die Helferberufe ausnimmt.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Ausbildungsbereitschaft auch bei Freien Berufen für typische Frauentätigkeiten zu fördern?
2. Ist die Bundesregierung bereit, speziell für junge Frauen in den neuen Ländern in die überbetrieblichen Ausbildungsangebote auch Qualifikationen der Freien Berufe aufzunehmen (RENO-Gehilfin, Steuerberatergehilfin, Arzthelferin, Zahnarzt-helferin)?
3. Was tut die Bundesregierung, um ein Zerfasern der sogenannten konzentrierten Beschäftigungsaktion nach Gesellschafts- und Berufsgruppen zu verhindern?

4. Ist die Zusage der gewerblichen Wirtschaft an die Bundesregierung wegen des Ausstiegs wesentlicher Gruppen der Wirtschaft bzw. deren Nichteinbeziehung ausgehöhlt?

Bonn, den 15. Juni 1995

**Margareta Wolf**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**